

mitarbeiten 04/2014

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Drei Jahre Netzwerk Bürgerbeteiligung

»Entwicklungsbeschleuniger für Bürgerbeteiligung in Deutschland«

Seit 2011 ist das von der Stiftung Mitarbeit initiierte Netzwerk Bürgerbeteiligung aktiv. Nach drei Jahren Aufbauarbeit lässt sich ein positives erstes Zwischenfazit ziehen: Das Netzwerk hat sich als koordinierender und impulsgebender Akteur im Feld der Bürgerbeteiligung etabliert. Nun gilt es, das Netzwerk auf die nächste Entwicklungsstufe zu heben.

Ich habe mir das Netzwerk schon gewünscht, als noch keine Rede davon war und halte es potenziell für den zentralen Entwicklungsbeschleuniger für Bürgerbeteiligung in Deutschland«: So beschreibt Prof. Helmut Klages, Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung, seine persönliche Sicht auf die Arbeit des Netzwerks.

Diese Einschätzung wird von anderen Netzwerkerinnen und Netzwerkern geteilt, wenn sie – wie im Rahmen des Netzwerktreffens 2014 in Köln geschehen – nach der Bedeutung des Netzwerks Bürgerbeteiligung gefragt werden. Demnach fungiert das Netzwerk für viele der mittlerweile fast 500 aktiven

Netzwerkerinnen und Netzwerker als »Informations- und Inspirationsquelle« und wird als praxisnaher »Kompetenz-Pool« für Bürgerbeteiligung geschätzt.

Gestartet ist das Netzwerk Bürgerbeteiligung mit dem Anspruch, die Zukunft der Bürgerbeteiligung konstruktiv zu gestalten und der Partizipation der Bürger/innen in Deutschland auf politisch-strategischer Ebene dauerhaft mehr Gewicht zu verleihen. Es hat das Ziel, die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf allen Ebenen der Demokratie (Bund, Länder, Kommunen) zu stärken. Das Netzwerk wird dabei gespeist vom aktiven Engagement

der einzelnen Netzwerker/innen aus den Bereichen Bürgergesellschaft, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Grundgedanke ist, dass Personen aus den verschiedenen Kontexten zusammen arbeiten. Auf dieser Basis formte sich das Netzwerk in den vergangenen Jahren zu einem informellen Ort, in dem sich die Netzwerker/innen jeweils nach ihren Fragestellungen, Interessen und Arbeitsschwerpunkten – und entsprechend ihres aktuellen Zeitbudgets – einbringen können.

Eine der wichtigsten Aktivitäten zu Beginn der Arbeit war die gemeinsame Arbeit an Qualitätskriterien für Bürgerbeteiligung. Diese sollen es Akteuren in der konkreten Beteiligungspraxis ermöglichen, ihre Beteiligungsprozesse selbst einzuschätzen und zu verbessern. Gleichzeitig bilden die Qualitätskriterien eine Verständigungs- und Arbeitsgrundlage für die Tätigkeit des Netzwerks. Weitere Aktivitäten wie die Sammlung kommunaler Leitlinien für Bürgerbeteiligung, die Erarbeitung einer Demokratiepolitischen Agenda und die Gründung des »Netzwerks kommunale Partizipationsbeauftragte« folgten.

Zurzeit erarbeiten die Netzwerker/innen »Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungspolitik«. Wenn sich eine Kommune auf den Weg hin zu mehr Bürgerbeteiligung machen will, braucht es – aus Sicht dieser »Empfehlungen« – den politischen Willen zur Beteiligung und eine gemeinsam erarbeitete Grundlage in Form von Qualitätsstandards und Leitlinien der Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung müsse als kommunale »Querschnittsaufgabe« aufgefasst werden, Strukturen und Abläufe in Kommunalverwaltung und Politik zudem beteiligungsorientiert ausgerichtet



Netzwerktreffen im Juni 2014 in Köln



(Fortsetzung von Seite 1)

»Entwicklungs...

sein. Aber auch die demokratische (Alltags-)Praxis in lokalen Vereinen und Initiativen, in Kitas und Schulen müsse sich beständig weiterentwickeln. Nicht zuletzt sollte kommunale Bürgerbeteiligung alle kommunalen Handlungsfelder und Entscheidungen umfassen.

Ein weiteres Kernelement des Netzwerks Bürgerbeteiligung ist die Internetplattform (www.netzwerk-buergerbeteiligung.de), die im Jahr 2014 komplett überarbeitet worden ist. Die Netzwerker/innen können dort wichtige Informationen veröffentlichen, Initiativen starten, Fragen an die anderen Netzwerker/innen stellen und sich über aktuelle Diskussionen und Aktivitäten online informieren und austauschen.

Nach drei Jahren »Aufbauphase« gilt es nun, eine neue und dauerhafte Struktur der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen zu finden. Der Demokratieforscher und aktive Netzwerker Roland Roth formuliert die bevorstehenden inhaltlichen und strukturellen Aufgaben so: »Die Herausforderung liegt darin, das Netzwerk Bürgerbeteiligung ›auf Dauer‹ zu stellen«.

So bieten beispielsweise neu geschaffene Thementeams allen Netzwerker/innen die Gelegenheit, überregional an einem konkreten Thema zu arbeiten. Zugleich bieten verschiedene Regionalgruppen die Chance zur Mitarbeit im Netzwerk, etwa in Stuttgart, Berlin, München, Regensburg oder in der Rhein-Main-Region.

In Bezug auf die Entwicklung der Netzwerkstruktur wird es zunächst darum gehen, die neuen Strukturelemente (Vorbereitungsgruppe, Netzwerkbeirat, Thementeams und Regionalgruppen) zu etablieren und zu stärken. Zudem sollen die Netzwerker/innen noch mehr für die Mitarbeit im Netzwerk gewonnen werden. Eine Aufgabe ist es aber auch – immer verbunden mit dem Ziel eines maßvollen, qualitativen Wachstums – neue Netzwerker/innen zu gewinnen, insbesondere aus den »unterrepräsentierten« Zielgruppen Politik und Wirtschaft.

Alle Informationen zum Netzwerk Bürgerbeteiligung im Netz unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Neue Publikation

Wertewelt Bürgerbeteiligung

Welche Vorstellungen von Bürgerbeteiligung prägen und beeinflussen die Akteure in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft? In einer neuen Publikation der Stiftung Mitarbeit wirft die Autorin Marie Hoppe einen Blick in die Wertewelt der Bürgerbeteiligung. Sie analysiert in einer praxisnahen Studie die psychologischen Komponenten von Bürgerbeteiligung und die damit verbundenen Einstellungen von Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern zur beteiligungsfreundlichen Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie.

Der erste Abschnitt der Publikation richtet sich vor allem an »Beteiligungsneulinge« und dient dem Ziel, Notwendigkeit und Nutzen von Bürgerbeteiligung zu erläutern und deren Einbettung in historisch gewachsene Strukturen aufzuzeigen. Im zweiten Teil werden die psychologischen Dimensionen von Politik beschrieben: wie entstehen und erhalten sich individuelle und gesellschaftliche Wertemuster, unter welchen Umständen können sie verändert werden?

Die dort vorgestellten Theorien bilden gleichzeitig die Grundlage für die Studie, in deren Rahmen die Autorin 51 tiefenpsychologische Interviews geführt und ausgewertet hat. Ein Ergebnis der Gespräche:

Unter Bürgerbeteiligung verstehen nicht alle Beteiligten das Gleiche. Im kommunalpolitischen Alltag einer Kommune gibt es verschiedene und mitunter konkurrierende Vorstellungen darüber, wie Bürgerinnen und Bürger angemessen beteiligt werden sollten. Die Ergebnisse belegen zudem, dass ein Austausch der kommunalen Akteure darüber, was sie unter Bürgerbeteiligung verstehen und welche Ziele sie damit verfolgen, dringend geboten ist.

Marie Hoppe: Wertewelt Bürgerbeteiligung. Eine Studie zu den Einstellungen von Politik, Verwaltungen und Bürger/innen. mitarbeiten.skrript 07, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2014, 64 S., 8,00 Euro, ISBN 978-3-941143-19-7, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



»Bürgerbeteiligung vor neuen Herausforderungen«: Den Zukunftsfragen der Bürgerbeteiligung widmete sich das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie«, das Ende September 2014 durchgeführt wurde. Ein ausführlicher Rückblick auf die Tagung mit Präsentationen, Bildern und Videos im Netz unter www.mitarbeit.de/forum2014.html

Monetarisierung des bürgerschaftlichen Engagements

Ob im Sport, in der Pflege oder in der Kultur: Immer häufiger werden Tätigkeiten entlohnt, die als ehrenamtliches und freiwilliges Engagement bezeichnet werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) wendet sich in einem aktuellen Positionspapier gegen die weitere Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements. Der Dach- und Fachverband sieht durch diese Entwicklung wesentliche Aspekte des freiwilligen Engagements gefährdet. Die Bezahlung von Engagement sei der falsche Weg, um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Als lokale Anlaufstellen für Engagement sehen sich Freiwilligenagenturen in ihrer alltäglichen Arbeit mit hohen Aufwandsentschädigungen und stundenbezogenen Entlohnungen konfrontiert, die von Organisationen an Freiwillige gezahlt werden und das Niveau geringfügiger Beschäftigungen aufweisen. Diese »bezahlten Engagementmöglichkeiten« würden in der Praxis die Grenzen zum regulären Arbeitsmarkt verwischen und dem »Missbrauch

und der Instrumentalisierung von bürgerschaftlichem Engagement« den Weg ebnen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft sieht diese von Politik und Wohlfahrtsverbänden forcierte Entwicklung mit großer Sorge.

Die wachsenden Probleme im Umgang mit der Bezahlung von freiwilligem Engagement gefährden nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft dessen zentrale Wesensmerkmale. Die zunehmenden Geldzahlungen erzeugten Abhängigkeiten und Motivationswechsel

der Engagierten, denn immer häufiger stünden Zuverdienstwünsche bei der Aufnahme einer freiwilligen Tätigkeit im Vordergrund. Unter dem Deckmantel des bürgerschaftlichen Engagements würden so »prekäre Beschäftigungsverhältnisse« geschaffen. Die Aufgabe, Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose anzubieten, könne aber weder durch bürgerschaftliches Engagement noch durch Freiwilligendienste gelöst werden.

Die bagfa tritt deshalb für eine Reform bestehender Regelungen ein. Die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale sollten als Ursachen für Monetarisierung »tendenziell vermindert« und Engagement durch gute Rahmenbedingungen gefördert werden: Beratung und Begleitung von Engagierten und ihren Einsatzstellen durch qualifiziertes Personal, mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten in den Einsatzbereichen und Realisierung von Anerkennungskultur. Anstelle der Bezahlung einzelner Engagierter solle künftig eine Infrastrukturförderung stehen.

Das Positionspapier im Wortlaut unter www.bagfa.de

»Keine Demokratiesteigerung durch Bürgerhaushalte«



Bürgerhaushalte neu denken

Bürgerhaushalte haben sich in den vergangenen Jahren in der bundesdeutschen Beteiligungslandschaft etabliert, ohne zu einer »Massenbewegung« geworden zu

sein. Prof. Dr. Roland Roth, Politikwissenschaftler an der Hochschule Magdeburg-Stendal, plädiert im Interview mit der Redaktion dafür, die aktuelle Praxis der Bürgerhaushalte kritisch zu hinterfragen. Angesichts vieler offenkundiger Mängel des Verfahrens müssten die jetzigen Bürgerhaushaltskonzepte neu gedacht werden.

Die in Deutschland praktizierten Bürgerhaushalte setzen überwiegend auf webbasierte Teilnahmeverfahren. Deliberative und zielgruppenadäquate Verfahren sowie eine Integration in kommunale Beteiligungskonzepte sind eher die Ausnahme als die Regel. Im Gespräch konstatiert der Politikwissenschaftler Roth vor diesem Hintergrund ein »großes Unbehagen an der praktizierten Form der Bürgerhaushalte« in deutschen Kommunen. Bürgerhaushalte

als »Elemente lokaler Beteiligungskultur« trügen in der kommunalen Praxis nicht wie beabsichtigt zur »Demokratiesteigerung« bei. So sei beispielsweise der ursprünglich im Verfahren angelegte »Nachteilsausgleich«, also die »Umkehrung von kommunalen Prioritäten zugunsten von benachteiligten Bevölkerungsgruppen« überwiegend nicht gelungen; deshalb falle es schwer, auch beteiligungsferne Menschen einzubeziehen und für diese Form der Bürgerbeteiligung zu gewinnen.

Eine Möglichkeit, über das gängige »Vorschlagswesen« deutscher Bürgerhaushalte hinauszugehen, sieht der Wissenschaftler deshalb in sog. Stadtteiffonds. Deren Grundidee: Eine garantierte Summe öffentlicher Mittel steht bestimmten Bevölkerungsgruppen (etwa den Einwohner/innen eines Stadtteils) für bestimmte Zwecke zur Verfügung. Der Beteiligungsexperte Roth sieht hier großes Potential, denn Stadtteiffonds wie in Berlin-Lichtenberg böten die Chance »selbst etwas zu gestalten und das in einer demokratischen Weise mit anderen Betroffenen im Quartier abzustimmen«. Auf diese Weise könnte dem bisherigen »Top Down-Angebot von Bürgerhaushalten« ein Prozess von unten entgegengesetzt werden. Dies würde die emanzipatorische und demokratische Qualität des Prozess stärken und die »Beteiligung daran attraktiver machen«.

Wieso die parlamentarische Anbindung eines Stadtteiffonds wichtig ist, sehen Sie im Videomitschnitt des Gesprächs unter www.mitarbeit.de

Alle im Boot?!

Wie lassen sich Menschen in Beteiligungsprozesse einbeziehen, denen die Beteiligung »nicht nahe liegt«? Wie können wir Migrant/innen, bildungsferne Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars (13.–14. März 2015 in Wolfsburg). Gemeinsam mit Praktiker/innen diskutieren die Teilnehmer/innen, wie Menschen einbezogen werden können, die

üblicherweise für Beteiligungsangebote »schwer zu erreichen« sind.

Das Seminar vermittelt Kenntnisse, Handlungswissen und -kompetenzen, die die Einbeziehung schwer erreichbarer Akteure in die Praxis von Beteiligungsprozessen möglich machen. Die Teilnehmer/innen reflektieren die eigene Praxis und identifizieren Verbesserungsmöglichkeiten in ihrem Handlungsfeld.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Konfliktmoderation in Gruppen

Konflikte entstehen, wenn unterschiedliche Ansichten und Interessen aufeinander stoßen, die wechselseitig im Widerspruch stehen und einer Lösung bedürfen. Entscheidend ist nicht, Konflikte zu vermeiden, sondern eine gute Form zu finden, um Konflikte auszutragen.

Wie können schwierige Situationen konstruktiv gestaltet werden? Was kann man tun, wenn (oder bevor) es richtig kracht? Diese Fragen und die konkreten Konfliktlagen der Teilnehmer/innen stehen

im Mittelpunkt des Praxisworkshops für freiwillig Engagierte in Initiativen, Vereinen und Selbsthilfegruppen (20.–21. März 2015 in Magdeburg). Die Teilnehmer/innen setzen sich mit unterschiedlichen Konflikttypen, Konfliktfeldern und Wegen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten auseinander. Inhaltliche Inputs, Übungen und Kleingruppenarbeit wechseln sich ab.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Bei der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und der Stiftung Mitarbeit ging es um die Potenziale und Grenzen des Engagements aus der Sicht von Freiwilligenagenturen. Die rund 200 Teilnehmer/innen erarbeiteten eine »Augsburger Erklärung«. Die Erklärung soll Impulse zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements geben und die Positionen der Teilnehmer/innen zu Partizipation, Inklusion, Daseinsvorsorge, Generationenbeziehung, Wirtschaft sowie Finanzen und Förderung markieren. Die »Augsburger Erklärung« und ein ausführlicher Rückblick auf die Tagung, Texte und Materialien aus den Workshops sowie eine Bildergalerie finden sich online unter www.mitarbeit.de/1572.html

Seminar

Netzwerkarbeit erfolgreich gestalten

Die Arbeit in Netzwerken und die Kooperation zwischen Organisationen haben Konjunktur. Netzwerke arbeiten bei anstehenden Aufgaben aktors- und sektorübergreifend zusammen und integrieren verschiedene Perspektiven und Kompetenzen. Ziel ist es, bessere Ergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus helfen Netzwerke dabei, Ressourcen zu bündeln und eine Grundlage für tragfähige und breit akzeptierte Veränderungen zu schaffen.

Das Seminar (17.–18. April 2015 in Köln) vermittelt Grundlagen der Netzwerkarbeit: Was zeichnet Netzwerke aus, welche Herausforderungen stellen sich in Netzwerken und wie lassen sich Netzwerkprozesse fördern? Gemeinsam mit Praktiker/innen diskutieren die Teilnehmer/innen über Grundlagen der Netzbildung und die Gestaltung erfolgreicher Netzwerkarbeit.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Dr. Rudi Piwko
(Vorsitzender)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
IBAN DE69 3806 0186 2010 540 14
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.